

Titel des Antrags:
Abschiebungen/Sammeleinrichtungen

Antragstellend: Bundesvorstand

Antragstext:

Der Bundesvorstand beantragt folgende Änderungen des Grundsatzprogramms unter 11.2 Asylpolitik.

Alte Version: "Abschiebungen von Familien sowie die Abschiebehaft sind zu beenden."

Neue Version: "Abschiebungen oder gar planvolle Massenausweisungen, wie sie rechtsextreme Kreise vorhaben, lehnen wir ab. Durch Abschiebungen werden keine Probleme gelöst, sondern nur örtlich verlagert und andernorts gar verstärkt. Das deutsche Sozial- und Rechtssystem hat alle hier lebenden Menschen gleich zu behandeln. Niemand darf Angst davor haben müssen, den Lebensmittelpunkt in Deutschland gegen den Willen verlassen zu müssen. Es sind vielmehr ausreichend Integrations- und Resozialisierungsmaßnahmen anzubieten und durchzuführen."

Hinter dem Satz "Anzustreben sind zudem internationale Vereinbarungen dahingehend, dass sichere und legale Fluchtrouten geschaffen werden und Geflüchteten auch in einem Nachbarstaat des Ursprungslandes sicheres und garantiert rechtsstaatlich faires Asyl gewährt werden kann." ist folgender Text hinzuzufügen:

"Lager an den Außengrenzen oder außerhalb der EU zur Verhinderung der Einreise sowie Pushbacks und Abschiebehaft lehnen wir strikt ab. Diese Praktiken widersprechen den Menschenrechten. Wir möchten, dass in der gesamten Europäischen Union menschenwürdige, möglichst dezentrale Unterkünfte zur Unterbringung von Asylsuchenden und Geflüchteten bereitgestellt werden.


Wir lehnen pauschale Abschiebungen, auch von ausreisepflichtigen Ausländer:innen, ab und setzen uns für eine sehr strenge individuelle Prüfung durch fachlich kompetente Menschen ein, da oft zu schnell bzw. leichtfertig abgeschoben wird. Abschiebungen dürfen nicht dazu führen, dass Menschen in Verfolgung, Hunger, Krieg und Tod (zurück)geschickt werden. Bei jedem Verfahren sollten Sicherheit, Schutz, Humanität und Achtung der Menschenrechte die höchste Priorität haben. Unsere langfristige Vision ist eine solidarische und nachhaltige Politik, die Fluchtursachen bekämpft und globale Herausforderungen angeht."

Begründung:

Zu diesem Thema wurde die Tierschutzpartei schon oft befragt. Eine offizielle Position dazu fehlte aber bislang.

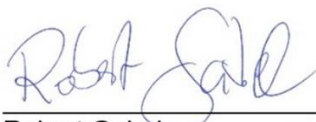
Unterschriften:



Paula López Vicente  11886
Bundesvorsitzende



Dr. Marcel Krohn  11552
Bundesvorsitzender



Robert Gabel  10185
Bundesvorsitzender